

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Kurt Lorentz
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Philipp Panzer

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender

Verwaltung

Herr Stoffers
Herr Gniech
Frau Wolbergs
Frau Rebmann Protokollführerin
Frau Mittelstädt Auszubildende

Es fehlte unentschuldigt:

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Astrid Mohr

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 2. Oktober 2007
- 3 Vorlagen an den Rat
 - 3.1 Stellenplan 2008 - Bestandteil des Haushaltsplanes (Vorlagen-Nr. 194/2007)
- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
 - 4.1 Angelegenheiten von Beamten
Zuweisung zur ARGE (Vorlagen-Nr. 192/2007)
 - 4.2 Ausnahme vom Einstellungsstopp
Unbefristete Übernahme (Vorlagen-Nr. 193/2007)
 - 4.3 Ausnahme vom Einstellungsstopp
Einstellung eines Diplomingenieurs/einer Diplomingenieurin
(Vorlagen-Nr.196/2007)
 - 4.4 Ausnahme vom Einstellungsstopp
Einstellung eines Ärztlichen Leiters des Rettungsdienstes (Vorlagen-Nr. 204/2007)
 - 4.5 Ausnahme vom Einstellungsstopp
Einstellung eines Diplomingenieur/ einer Diplomingenieurin (Vorlagen-Nr. 203/2007)
- 5 Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1 Mitgliederzahlen Personalrat Innere Verwaltung

B Nichtöffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 6 Genehmigung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung des Personal- und Gleichstellungsausschusses vom 2. Oktober 2007
- 7 Mitteilungen und Anfragen
 - 7.1 Veränderungen im Personalbereich

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 2. Oktober 2007

Herr Föhlinger sprach den Punkt 4.1 - Einstellung eines Hygienekontrolleurs - des Protokolls an und erklärte, dass er die Frage gestellt habe, wie viel interne Bewerber es insgesamt gab. Die Verwaltung habe dies nicht beantworten können, erklärte aber, dass keiner von den Bewerbern die Voraussetzungen für die Fachschule in Düsseldorf erbracht hätten. Herr Föhlinger bat, diesen Sachverhalt im Protokoll niederzulegen.

Herr Stoffers erklärte, ihm sei diese Antwort so nicht in Erinnerung und verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass das interne Verfahren aus anderen Gründen abgebrochen wurde.

(Sh. Anlage)

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 2. Oktober 2007 wurde genehmigt.

3 Vorlagen an den Rat

3.1 Stellenplan 2008 - Bestandteil des Haushaltsplanes

Herr Stoffers gab einen Überblick über die vorgesehenen Veränderungen im Stellenplan 2008. Insbesondere verwies er darauf, dass sich die Stellen weiter reduziert hätten.

Frau Bauermeister bezog sich auf die Stelle Leiter Rechnungsprüfungsamt und erinnerte daran, dass Herr Weiss zunächst die vorgesehene Fortbildung absolvieren müsse, bevor es zu einer Beförderung kommen könne.

Herr Stoffers erklärte, dass es sich hier lediglich um Stellenbewertungen handele, die Beförderungen erst erfolgten, wenn alle Voraussetzungen erfüllt seien.

Herr Föhlinger fragte an, welche Wertigkeit diese Stelle jetzt habe, da sie im Stellenplan mit A 12 ausgewiesen sei.

Herr Gniech erläuterte, dass die Stelle des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes weiterhin mit A13 bewertet sei, bis zum Ablauf der aktiven Phase der Altersteilzeit (31.1.2010) noch von Herrn Wothe blockiert werde.

Herr Ender verwies auf drei höher bewertete Stellen im Bereich SGW, hier gestalte sich eine Beförderungsarie, die dazu führe, die Bürger durch immer höhere Gebühren erheblich zu belasten. Er sei nicht allein der Meinung, dass der Eigenbetrieb mit dem Eigenbetrieb WEB zusammengeführt werden müsse, um Einsparungen zu erzielen.

Herr Stoffers erklärte, dass die Diskussion über die Zusammenführung der Eigenbetriebe in der Vergangenheit geführt worden sei, die Politik habe letztlich diesen Beschluss gefasst, so dass man von zwei Eigenbetrieben, WEB und SGW, ausgehen müsse. Die Aufgaben der Werksleitung werden zu ca. 10% vom Dezernenten und zu 90% von der stellvertretenden Werksleiterin Frau Hanseemann wahrgenommen. Die Werksleitung sei dem Rat gegenüber für das betriebswirtschaftliche Ergebnis verantwortlich. Darüber hinaus sei der Eigenbetrieb organisatorisch selbstständig. Die bei den Zentralen Diensten angesiedelte unabhängige Bewertungskommission sei für die sachgerechte Stellenbewertung der Dienstposten zuständig und habe die angesprochenen Dienstposten im Rahmen der Rechtsanwendungen abschließend bewertet. Die Budgetverantwortlichkeit für z.B. zusätzliches Personal oder Stellenanhebungen liege beim Rat.

Herr Föhlinger merkte an, dass die Politik seinerzeit mehr oder weniger genötigt worden sei, die Entscheidung zur Gründung des Eigenbetriebes zu fällen. Voraussetzung sei allerdings gewesen, dass Frau Hanseemann nicht die Werksleitung übernehmen solle. Man könne von der Politik nicht erwarten, dass sie wirtschaftlich denken solle und auf der anderen Seite verlange man unwirtschaftliches Handeln von ihr. Die hier zur Diskussion stehende Vorlage möge ja personalrechtlich unanfechtbar sein, sei aber von dem Grundgedanken, der seinerzeit dazu geführt habe, den Eigenbetrieb zu gründen, sehr weit entfernt. Er regte an, zunächst einmal das RPA oder eine Wirtschaftskanzlei einzuschalten, um zu überprüfen, wo hier die Wirtschaftlichkeit gegeben sei, dort einen solchen Personalstab einzusetzen. Die Wilhelmshavener Bevölkerung habe ein Anrecht darauf, dass Betriebe wirtschaftlich geführt würden. Bedauerlich sei, dass es Personen gäbe, die dahinter stünden und denen man nicht gerecht werde.

Herr Stoffers wiederholte, dass die Organisationshoheit beim Eigenbetrieb läge, die Politik müsse sich hier mit ihrer Kritik an die Werksausschüsse wenden und habe im Rat die Möglichkeit, die Entscheidungen zu beeinflussen.

Herr Gniech erinnerte, dass die Verwaltungsmannschaft im Eigenbetrieb SGW im Vergleich zum Eigenbetrieb 83 (WEB) verschwindend klein sei, sie bestehe lediglich aus drei gelernten Verwaltungsleuten mit betriebswirtschaftlichen Kenntnissen und Fähigkeiten. Die Neubewertung der Stellen durch die Bewertungskommission habe sie seit zwei Jahren nicht vorgenommen, da der Betrieb sich im Aufbau befand. Nach den Empfehlungen des VEBERAS-Gutachtens habe die Verwaltung zunächst die Wertfeststellungen anerkannt aber noch nicht umgesetzt. Seit einem Jahr werde eine Leistungszulage für diese drei Mitarbeiter gezahlt. Die Struktur des Betriebes habe sich inzwischen verfestigt und so sei es unabdingbar, diese Stellen im Stellenplan entsprechend ihrer Wertigkeit auszuweisen.

Herr Felbier drückte sein Verständnis für die Position von Herrn Föhlinger und Herrn Ender aus und bestätigte, dass das ganzheitliche Denken hier richtig und angemessen sei. Er könne nicht ausschließen, dass eine erneute Diskussion im VA und im Rat zu anderen Ergebnissen führen können.

Beschluss: 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

Damit wird den vorgesehenen Veränderungen zum Stellenplan 2008 (Bestandteil des Haushaltsplanes) nicht zugestimmt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Zuweisung zur ARGE

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage und bat um Zustimmung des Ausschusses.

Beschluss (einstimmig): Ja

Der Stadtoberamtsrat Erwin Wothe wird im Wege der Zuweisung gem. § 123 a BRRG dem Job-Center zur weiteren Dienstleistung zur Verfügung gestellt.

4.2 Unbefristete Übernahme

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage und bat um Zustimmung des Ausschusses.

Beschluss (einstimmig): Ja

Die Zahnärztin Kathleen Fabian ist ab 1.3.2008 in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen.

4.3 Einstellung eines Diplomingenieurs/einer Diplomingenieurin

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage und bat um Zustimmung des Ausschusses.

Herr Föhlinger monierte, dass die Ausnahme vom Einstellungsstopp während der Klausurberatungen nicht besprochen wurde.

Herr Felbier kritisierte, dass man hier immer wieder die gleiche Diskussion führe und die Grenze der Personalaufstockung in diesem Bereich doch jetzt erreicht sein müsse.

Herr Stoffers erläuterte, dass wegen der anstehenden Industrieansiedlungen in den Grodenflächen die personelle Kapazität der Bauleitplanung des Fachbereichs 61 für die Abarbeitung der Bebauungspläne nicht ausreichen. Daher solle sich ein weiterer Stadtplaner insbesondere um die Planung des Voslapper Grodens kümmern. Die sich hier ansiedelnden Unternehmen würden erwarten, dass ein schnellstmöglicher Baubeginn gewährleistet sei, insofern befänden sich die Bereiche Bauleitplanung und Bauordnung in einer besonderen Situation. Man habe die anfallenden Arbeiten nicht vorausplanen können und so sei es zu diesen dringenden Personalanforderungen gekommen.

Beschluss: 4 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

Für den Fachbereich 61 (Stadtplanung und Stadterneuerung) ist ein(e) DiplomingenieurIn nach Entgeltgruppe 10 TVöD befristet für zwei Jahre einzustellen.

4.4 Einstellung eines Ärztlichen Leiters des Rettungsdienstes

Herr Gniech erläuterte die neue gesetzliche Vorgabe, die besagt, dass der ärztliche Leiter des Rettungsdienstes bei der Feuerwehr angesiedelt sein müsse.

Frau Bauermeister fragte an, ob es nicht sinnvoll wäre, in diesem Zusammenhang auch an das Willehad-Krankenhaus zu denken.

Herr Föhlinger vertrat die Meinung, dass sich der Rettungsdienst über Jahre hinweg positiv entwickelt habe und beim RNK angesiedelt bleiben müsse.

Beschluss (einstimmig): Ja

Für die Feuerwehr ist ein Ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes nach Entgeltgruppe 13 TVöD befristet für zwei Jahre einzustellen.

4.5 Einstellung eines Diplomingenieur/ einer Diplomingenieurin

Herr Stoffers erläuterte die Vorlage und bat um Zustimmung des Ausschusses.

Beschluss: 5 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

Für das Bauordnungsamt ist ein Diplomingenieur/ eine Diplomingenieurin nach Entgeltgruppe 11 TVöD befristet für 2 Jahre einzustellen.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Mitgliederzahlen Personalrat Innere Verwaltung

Wie in der letzten Sitzung angekündigt, erläuterte Herr Gniech die Mitgliederzahlen des Personalrats der Stadt Wilhelmshaven wie folgt:

Veränderung der Mitgliederzahl des Personalrates der inneren Verwaltung

Der derzeitige Personalrat innere Verwaltung wurde im April 2004 gewählt. Bedingt durch die seinerzeit 861 Wahlberechtigten besteht der PIV gem. § 13 Abs. 1 NPersVG aus 11 Mitgliedern.

Durch die zwischenzeitliche Bildung der Eigenbetriebe SGW zum 01.01.2005 und GGS und SDW zum 01.01.2007 sind 32 für den PIV wahlberechtigte Mitarbeiter für die neuen Personalräte der Eigenbetriebe wahlberechtigt.

Nach § 1 der Verordnung über die Personalvertretung bei Neu- und Umbildung von Dienststellen und Körperschaften vom 04.07.1996 sind in Dienststellen, aus denen Teile ausgegliedert wurden, die Personalräte neu zu wählen, wenn durch die Umbildung die Zahl der Wahlberechtigten um mindestens die Hälfte gestiegen oder gesunken ist. Dieses ist beim PIV nicht der Fall, deshalb besteht der PIV weiterhin (bis zum Ende seiner Wahlzeit 30.04.2008) aus 11 Mitgliedern.

Für die im Frühjahr 2008 anstehende Neuwahl wird die Mitgliederzahl gem. § 13 Abs. 1 NPersVG aufgrund der dann wahlberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu ermittelt.

Darstellung der Personalratsmitglieder ab Wahl 1999

Personalrat	Wahl 1999	Wahl 2004	Wahl 2005	Wahl 2007
Innere Verwaltung	13	11		
Bauverwaltung	3	3	0	
SGW			5	
GGs				3
SDW				1

Wahl 2005 wurde wegen Gründung des Eigenbetriebes SGW notwendig für den DPR Bau und für den neuen Eigenbetrieb. Für den DPR Bau gab es keine Kandidaten, die Wahl fand nicht statt.

Wahl 2007 wurde wegen Gründung der Eigenbetriebe GGS und SDW notwendig für die neuen Eigenbetriebe

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

B Nichtöffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 6 Genehmigung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung des Personal- und Gleichstellungsausschusses vom 2. Oktober 2007

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 2. Oktober 2007 wurde genehmigt.

- 7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Veränderungen im Personalbereich

Die Veränderungen im Personalbereich wurde von den Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis genommen.

Ende der Sitzung 16:30 Uhr

Unterschrift
Jens Stoffers
Erster Stadtrat

Unterschrift
Jörn Felbier
Vorsitzender

Unterschrift
Christel Rebmann
Protokollführerin